

## Solothurner Handelskammer und UBS Aargau/Solothurn

### Wirtschaftsaussichten 2012

*Es gilt das gesprochene Wort!*

### „Chancen und Herausforderungen“

Solothurn, Landhaus, 7. März 2012

Referat von Esther Gassler, Regierungsrätin, Vorsteherin des Volkswirtschaftsdepartements des Kantons Solothurn

Sehr geehrter Herr Sommerhalder *[Regionaldirektor UBS Aargau Solothurn]*

Sehr geehrter Herr Fürst *[Direktor Handelskammer]*

Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Einladung. Ich freue mich, an diesem Anlass bei Ihnen zu sein.

Auch die Solothurner Wirtschaft hängt am globalen Tropf. Diese Zusammenhänge und ihre Auswirkungen haben auch bei unserer Wirtschaft Spuren hinterlassen. Viele unserer Unternehmen und ihre Zulieferer sind eng mit der weltwirtschaftlichen Entwicklung verbunden. Das ist Fluch und Segen. Vor diesem Hintergrund will ich die Herausforderungen und die damit verbundenen Chancen betrachten. Chancen präsentieren sich häufig hinter der Maske von Herausforderungen. In meinem Referat möchte ich Ihnen die Rolle des Staates aufzeigen.

Eine grosse Herausforderung für den Kanton Solothurn sind die **Struktur Anpassungen** mit denen wir auch im letzten Jahr zu kämpfen hatten

und die uns in die nationalen Schlagzeilen brachten. (Bei der Ankündigung von Bell.). Massentlassungen und Betriebsschliessungen lösen hohe Emotionen aus. Das ist verständlich. Für alle Betroffenen sind das einschneidende Erfahrungen. Es stehen grosse Veränderungen an, jahrelange Banden werden zerschnitten, Lebenswerke sind beendet. Materielle Sorgen, ja Existenzängste überfallen die Menschen.

In solchen Momenten wird der Ruf nach dem Staat laut. Volkswirtschaftsdirektoren werden gefragt, was sie zu tun gedenken. Ja, was sollen sie tun? Für mich stellt sich nicht die Frage, **ob** sich der Staat in der Struktur- und Konjunkturpolitik engagieren soll, **sondern wie und mit welcher Intensität** er das machen soll.

Die Aufgaben des Staates sind:

- günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Wandel ermöglichen;
- dafür zu sorgen, dass die sozialen Folgen des Wandels abgefedert werden können.

Der Staat begibt sich auf einen gefährlichen Weg, wenn er versuchen sollte oder von der Politik beauftragt wird den (schmerzhaften) Wandel mittels Planungs- und Interventions-Instrumenten zu verhindern. Man könnte versucht sein, den sozialen Lasten oder vielleicht sogar Unruhen auszuweichen, die ein Wandel mit sich bringen kann. Die langfristigen Folgen sind bekannt: Solches Tun führt die Unternehmung sicher in den Abgrund und mittel- und langfristig sind auch für den Staat gravierende Folgen zu erwarten. Beispiele kennen wir. Wir müssen nicht einmal nur auf den Niedergang der osteuropäischen Planwirtschaften verweisen, sondern können auch unsere frühere Landwirtschaftspolitik oder das Uhrenstatut nehmen.

Gerade letzteres hat wesentlich zum Niedergang der Uhrenindustrie anfangs der 70er Jahre beigetragen. Dieser führte im Kanton Solothurn zu einem äusserst schmerzhaften Strukturwandel, der bis Mitte der 90er Jahre anhielt. Die langfristigen Folgen davon sind, dass wir heute eine wesentlich diversifiziertere Wirtschaftsstruktur haben und unsere Unternehmen, gera-

de auch die Uhrenindustrie, können sich auf den Weltmärkten behaupten. Die Schweizer Uhrenindustrie, wo Solothurner Marken wie beispielsweise Breitling oder Titoni prominent vertreten sind, sorgt für positive Schlagzeilen: Ihre Exporte haben letztes Jahr einen neuen Höchstwert erreicht.

Wie ich eingangs erwähnt habe, wurden wir auch in letzter Zeit von Massenentlassungen getroffen. Die Beispiele Borregaard, Mühlemann, Sappi und Swissmetal haben aufgrund ihrer Grösse eine beachtliche Publizität erfahren, es gibt aber noch andere Fälle. Ich bin überzeugt, dass sie (längerfristig) nicht zu vermeiden waren und schliesslich zur Stärkung unseres Wirtschaftsstandortes beitragen werden.

Unser grosses Bedauern bei solchen Vorfällen liegt immer bei den betroffenen Mitarbeitenden. Glücklicherweise gibt es für sie (fast) immer Lösungen. Bei Borregaard fielen am Schluss nur ein gutes Dutzend Leute in die Aussteuerung (bei über 400 Kündigungen) und bei Sappi haben bis Ende 2011 über 2/3 der Entlassenen bereits eine neue Stelle gefunden.

An beiden Standorten öffnen sich wieder neue Perspektiven. Der Kanton beteiligt sich aktiv an der Testplanung des riesigen, zum grossen Teil unbebauten Areales in Riedholz/Luterbach und hat davon auch einen wesentlichen Teil erworben. Die von uns zusammen mit den anderen Eigentümern initiierte Testplanung über die mit 110 Hektaren grösste Schweizer Industriebrache hat vielversprechende Resultate gebracht. Im südlichen Teil des Areals in der Nähe von Solothurn soll eine Arbeitsplatzzone von nationaler Bedeutung entstehen. Nördlich der Aare ist ein attraktives Gewerbe- und Wohngebiet vorgesehen. Bis Ende 2012 werden wir die Pläne konkretisieren. Wir sind überzeugt, dass die Entwicklung des Areals mittelfristig positive Impulse für unseren Kanton bringen wird, in Form von neuen wertschöpfungsintensiven Unternehmen und von attraktiven Wohnlagen.

Bei Sappi bestehen gute Kontakte zwischen Konzernleitung, Gemeinde und Kanton, damit dieses Fabrikareal wieder einer neuen Nutzung zugeführt werden kann. Das gilt übrigens auch für das Sulzer-Areal in Zuchwil oder das Bally-Areal in Schönenwerd und das von Roll-Areal in der Klus. Aber machen wir uns nichts vor: es geht Know-how unwiederbringlich verloren, Berufe und Produktionstechniken verschwinden. Das ist schade und

traurig, man kann es aber nicht aufhalten. Oder wer weiss heute noch, wie man eine ägyptische Pyramide erbaut?

Sich dem strukturellen Wandel zu stellen, heisst nicht, den Niedergang zu beschleunigen, sondern den Neuanfang zu ermöglichen.

Da ich auch Forstdirektorin bin wage ich einen Vergleich: Totholz ist zwingende Grundlage für neues Leben, sattes Grün, junge Bäume und eine grössere Artenvielfalt.

Stellen wir uns also den Veränderungen des Lebens und der Wirtschaft.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.